

Diese Arbeit wurde im Rahmen des Formats CampusPublik der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt auf der Website www.lpb.sachsen-anhalt.de im Februar 2022 veröffentlicht.

Aufarbeitung des Anschlags in Halle (Saale) vom 9. Oktober 2019

von Shania Timpe

Institut für Politikwissenschaft
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dozent: Dr. Michael Kolkmann

14. Januar 2022

Inhalt

1. Einleitung.....	3
2. Einordnung des Anschlags	4
3. Das Verhältnis von Politik und Zivilgesellschaft.....	6
4. Die fünf Ebenen der Aufarbeitung.....	8
4.1 Die juristische Aufarbeitung.....	8
4.2 Die entschädigende Aufarbeitung	10
4.3 Die ideologische Aufarbeitung.....	11
4.4 Die gedenkende Aufarbeitung	13
4.5 Die verhindernde Aufarbeitung	15
5. Fazit	17
6. Literaturverzeichnis.....	19

1. Einleitung

Am 9. Oktober 2019 ermordete ein rechtsextremer Attentäter in Halle (Saale) zwei Menschen. Der Anschlag bildet einen tiefen Einschnitt in unser gesellschaftliches Zusammenleben und bedarf deswegen und vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und der sich daraus ergebenden Verantwortung besonderer Aufarbeitung. Die Pflicht dafür liegt vor allem bei der Politik, da sie das geschichtspolitische Monopol innehält. Die politische Aufarbeitung wird jedoch von einer zivilgesellschaftlichen ergänzt, die durch den Wunsch der Zivilgesellschaft, selbst aktiv zu werden, motiviert ist. Die folgende Arbeit soll sich vor diesem Hintergrund mit den folgenden Fragen auseinandersetzen:

Wie arbeitet die Politik den Anschlag auf und in welchem Verhältnis steht die zivilgesellschaftliche Aufarbeitung dazu? Und haben die Maßnahmen der Politik dazu beigetragen, dass Zivilgesellschaft, Betroffene und Angehörige den Anschlag besser verarbeiten können und konnten?

Im Folgenden soll kurz das Tatgeschehen des Anschlags wiedergegeben werden und dieser in der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik verortet und als Rechtsterrorismus eingeordnet werden. Danach soll das Spannungsfeld zwischen Politik und Zivilgesellschaft beleuchtet werden, welches die Grundlage dieser Arbeit darstellt. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, welche Relevanz der Zivilgesellschaft in diesem Feld zukommt. Zudem werden die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Akteure in der Aufarbeitung des Anschlags vorgestellt. Darauf folgt die eigentliche Analyse der Aufarbeitung, die sich in fünf Ebenen teilt. Die erste Ebene beschäftigt sich mit der justiziellen Aufarbeitung des Anschlags. Da der Anschlag eine Straftat darstellt, soll beschrieben werden, wie der Prozess gegen den Attentäter verlief und welches Urteil gesprochen wurde. Die zweite Ebene soll sich mit der Entschädigung der Betroffenen auseinandersetzen und prüfen, wie diesen geholfen wurde. Bei der Analyse der dritten Ebene soll untersucht werden, wie die Ideologie des Täters aufgearbeitet wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um die Radikalisierung anderer zu verhindern. Die vierte Ebene beschäftigt sich mit dem Gedenken an den Anschlag und analysiert die Gedenkveranstaltungen, die kurz nach dem Anschlag sowie zum ersten und zweiten Jahrestag des Anschlags stattfanden. Die fünfte und letzte Ebene soll sich dann damit auseinandersetzen, wie der Anschlag verhindert hätte werden können. Dazu soll der Einsatz rund um den Anschlag und dessen Aufarbeitung in den Blick genommen werden. Bei der Betrachtung dieser Ebenen soll jeweils geschaut werden, wie einerseits die Politik und andererseits die Zivilgesellschaft das Aufarbeiten bewältigt. Zusätzlich soll auf Kritik der Zivilgesellschaft an der Aufarbeitung der Politik eingegangen werden. Im Fazit sollen dann die Erkenntnisse der Analyse zur Beantwortung der Fragestellungen zusammengefasst werden.

2. Einordnung des Anschlags

Weder der Tag noch das Datum des Anschlags waren willkürlich gewählt. Stephan Balliet plante seine Tat vorher genau und wählte Tag und Ort so, dass er sein selbst gestecktes Ziel, möglichst viele jüdische Menschen zu ermorden, in die Tat umsetzen könnte. Mit seinen selbst gebauten Waffen versuchte sich der Attentäter am 09. Oktober 2019 Zugang zur halleschen Synagoge zu verschaffen. Im Inneren hielten sich zu dieser Zeit 52 Menschen jüdischen Glaubens auf, die sich dort anlässlich des jüdischen Feiertages Jom Kippur versammelt hatten. Aufgehalten wurde Balliet zu dieser Zeit nur von der Synagogen Tür und dem Versagen seiner selbst gebauten Waffen. Frustriert vom Scheitern seines Vorhabens begann der Attentäter zu improvisieren und erschoss Jana L., die als Passantin an der Synagoge vorbeikam und den Attentäter ansprach. Anschließend machte sich der Täter in seinem Auto scheinbar ziellos auf den Weg und entschied sich an einem Döner-Imbiss zu halten, wo er dann Kevin S. ermordete, der dort seine Mittagspause verbrachte. Auch hier waren es seine selbst gebauten Waffen, die weitere Morde verhinderten. Während seiner Flucht schoss der Attentäter auf weitere Menschen.¹

Sein Attentat streamte der Täter währenddessen die ganze Zeit live im Internet und nahm wörtlich immer wieder auf seine Online-Community und sein Manifest, welches er zuvor im Internet veröffentlichte, Bezug. In seinem Manifest legte der Attentäter seine Ideologie dar, die vor allem antisemitisch, antifeministisch, antimuslimisch und rassistisch geprägt ist. In seinem Video lassen sich viele Bezüge zur rechtsradikalen Online-Community finden, wodurch deutlich wird, wo sich Balliets Radikalisierung abgespielt hat.

Insgesamt kann der Anschlag von Halle zum Einsamer-Wolf-Terrorismus gezählt werden. Dahinter steckt die Idee, die im Ku-Klux-Klan ihren Ursprung findet, „führerlos Widerstand“ zu leisten.² Florian Hartleb definiert diese Form des Terrorismus als „das Produkt der Selbstradikalisierung eines Individuums, die von einer Mixtur aus persönlichen Kränkungen und politisch-ideologischen Motiven ausgelöst wird“.³ Diese neue Form des Rechtsterrorismus wird auch als Einzel- oder Individualterrorismus bezeichnet. Entscheidend für die Abgrenzung zu Amoktaten ist dabei zum einen eine ideologische Grundlage, die sich zumeist gegen Minderheiten richtet, sowie ein politisches Motiv. Zum anderen werden die Gewalttaten rational und gründlich vorher bis ins Detail geplant und entstehen nicht durch affektives Handeln.⁴ Hartleb zufolge sei zudem Einsamkeit eine wichtige Einflussgröße, die die Selbstradikalisierung verstärkt. Einsamkeit sei dabei allerdings nicht gleichzusetzen mit Isolation. Im Gegenteil seien Einzelterroristen oftmals in ein (virtuelles) Netzwerk Gleichgesinnter integriert oder

¹ Vgl.: Jean-Philipp Baeck, Andreas Speit (Hg.) (2020): Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung 2020, S.87ff.

² Vgl.: Stefan Goertz (2020): Rechtsterroristische Akteure in Deutschland. in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 32. Jahrgang, S. 183.

³ Florian Hartleb (2018): Einsame Wölfe. Der neue Terror rechter Einzeltäter, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020, S.202.

⁴ Vgl.: Ebd. S. 99.

pflegen Kontakte zu Familie und Freunden. Das Umfeld spielt somit eine wichtige Rolle im Radikalisierungsprozess, weswegen Einzelterroristen nicht losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen agieren.⁵ Matthias Schattka geht in seiner Analyse des Anschlags auf die Kritik am Einzeltäter-Begriff ein. Demnach erwecke der Begriff den falschen Eindruck, dass sich die Täter selbst radikalisierten und isoliert seien. Dass dies nicht der Fall ist, zeige das Beispiel des Halle-Attentäters deutlich. Balliet bewegte sich in einem Online-Netzwerk, welches ihn motivierte und bestärkte. Das sehe man besonders daran, dass er den Anschlag für eben diese Online-Community streamte und diese im Geschehen des Anschlags immer wieder direkt adressierte.⁶ Damit kritisiert Schattka jedoch nicht die zuvor genannte Definition von Hartleb, da dieser explizit darauf hinweist, dass der Attentäter nicht isoliert lebte, sondern nur die irreführende Verwendung des Wortes Selbstradikalisierung. Schattka geht zudem darauf ein, dass sich die allein agierenden Attentäter der letzten Jahre nicht nur in ihren Motiven ähneln, sondern sich auch aufeinander beziehen.⁷ Balliet gab zu, sich von Brenton Tarrant, dem Attentäter, der im März 2019 in Christchurch 51 Menschen während seines Anschlags auf zwei Moscheen ermordete, inspiriert gefühlt zu haben und mit seiner Tat wiederum andere inspirieren wollte.⁸

Trotz des vermeintlich modernen Anstrichs des Attentats durch Live-Streaming und Online-Radikalisierung liegen die Ursprünge für seine Ideologie in der Vergangenheit. Antisemitismus existiert so lange wie das Judentum selbst, auch wenn er mit immer neuen Motiven begründet wird. Auch die Verbindung von Antisemitismus und Anti-Feminismus ist nichts Neues und hat seinen Ursprung im Nationalismus des 19. Jahrhunderts.⁹ Parallel entwickelte sich der rassistische Antisemitismus, der durch pseudowissenschaftliche Erkenntnisse biologisch zu beweisen glaubte, dass unterschiedliche Rassen existieren. Auf dieser Grundlage entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts die nationalsozialistische Ideologie, die vor allem vom Glauben an die angebliche Minderwertigkeit der „jüdischen Rasse“ geprägt war und in der industriellen Vernichtung von über sechs Millionen jüdischen Menschen endete.¹⁰

Aus diesem Trauma des 20. Jahrhunderts erwächst für Deutschland unter anderem die Verantwortung, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen und antisemitischen Tendenzen in der Gegenwart entgegenzuwirken. Das Aufarbeiten der Unrechtstaten der Nationalsozialisten*Nationalsozialistinnen und das Erinnern an die Menschen, die davon betroffen waren oder ihnen zum Opfer fielen, ist eines der zentralen Anliegen der deutschen Geschichtspolitik und Erinnerungskultur. Dabei

⁵ Vgl.: Ebd. S. 180.

⁶ Vgl.: Chris Schattka (2020): Halle (Saale), 9. Oktober 2019. Protokoll eines Anschlags, in: Mittelweg 36, Ausgabe 4-5/2020, URL: https://www.hamburger-edition.de/fileadmin/user_upload/Mittelweg_36/Leseprobe/Mittelweg_36_4_5_2020_Schattka.pdf (abgerufen: 06.01.2022), S. 59f.

⁷ Vgl.: Ebd. S. 50.

⁸ Vgl.: Ebd. S. 59.

⁹ Vgl.: Florian Hartleb (2018): Einsame Wölfe. Der neue Terror rechter Einzeltäter, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020, S.202.

¹⁰ Vgl.: Armin Pfahl-Traugher (2007): Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 31/2007, S. 4-11, URL: <https://www.bpb.de/apuz/30327/ideologische-erscheinungsformen-des-antisemitismus> (abgerufen: 15.07.2021)

handelt es sich um zwei Begriffe, die im Folgenden definiert werden sollen, sich aber nicht eindeutig voneinander abgrenzen lassen. Während unter Erinnerungskultur alle „Formen der öffentlichen Erinnerung an historische Ereignisse und Prozesse“¹¹ gefasst werden sollen, umfasst Geschichtspolitik im weiteren Sinne vor allem die Auseinandersetzung mit Geschichte in politischen Kontexten und im engeren Sinne die Gestaltung der Bestrafung der Täter*Täterinnen, die Entschädigung der Opfer und symbolischer Akte wie Gedenktage oder Denkmäler.¹² Hieraus wurden die fünf Ebenen der Aufarbeitung abgeleitet, die der Analyse dieser Arbeit zugrunde liegen.

Da der Attentäter seine Ideologie auf Vergangenem aufbaut und die Aufarbeitung nach Mustern der Geschichtspolitik erfolgt, ist sie im Kontext der deutschen Erinnerungskultur und Geschichtspolitik zu betrachten. Besonders weil der Attentäter den Holocaust leugnet und aus hochgradig antisemitischen Motiven handelt, steht die deutsche Politik in der Verantwortung, den Anschlag aufzuarbeiten.

3. Das Verhältnis von Politik und Zivilgesellschaft

Erinnerungskultur und Geschichtspolitik sind ein Politikfeld, weil die Politik daran interessiert ist, die Aufarbeitung der Vergangenheit mitzugestalten. Daraus, wie ein Staat mit seiner Vergangenheit umgeht, kann man zudem Rückschlüsse auf den Staat an sich ziehen.¹³ Zugleich bestimmt die Politik durch den Einsatz von personellen und finanziellen Mitteln welche Bereiche der Erinnerungskultur und Geschichtspolitik vorangetrieben werden. Gedenkstätten, Museen, Forschungseinrichtungen und Denkmäler sind abhängig von staatlichen Förderungen. Kulturstaatsministerin Monika Grütters fasste die Thematik im Jahr 2015 treffend zusammen: „Nationales Erinnern und Gedenken lassen sich nicht amtlich verordnen, sind aber auch nicht rein bürgerschaftlich zu bewältigen. Sie sind immer auch eine öffentliche Angelegenheit – und das heißt in staatlicher Gesamtverantwortung.“¹⁴

Für die Aufarbeitung des Anschlags hat die Politik daher besondere Voraussetzungen: Sie hat nicht nur personelle, sondern auch finanzielle Ressourcen, die sie zur Aufarbeitung einsetzen kann. Das politische System der Bundesrepublik Deutschland bietet zusätzlich die erforderlichen Strukturen, um den Anschlag ausführlich aufzuarbeiten. Zugleich besteht die Notwendigkeit, dass sie sich mit dem Geschehen auseinandersetzt, da die Gesellschaft dies von der Politik erwartet. Anders als die Zivilgesellschaft beschäftigen sich die politischen Akteure also im Rahmen ihres Berufes mithilfe der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel mit der Aufarbeitung des Anschlags.

¹¹ Christoph Cornelißen (22.10.2019): Erinnerungskultur. in: Staatslexikon online, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Erinnerungskultur> (abgerufen: 13.12.2021).

¹² Vgl.: Edgar Wolfrum (22.10.2019): Geschichtspolitik. in: Staatslexikon online, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Geschichtspolitik> (abgerufen: 13.12.2021).

¹³ Vgl.: Norbert Lammert (2009): Bikini-Verkäufer am FKK-Strand? Der Staat und die Erinnerungskultur. In: Norbert Sievers (Hg.) Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Band 9: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik, Bonn, S. 33. URL: https://kupoge.de/Jahrbuch/Jahrbuch_2009.pdf (abgerufen: 12.01.2022).

¹⁴ Monika Grütters (2015): Kulturpolitik im vereinten Deutschland. Die Verantwortung des Bundes, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nummer 149 II/2015, S. 30. URL: https://kupoge.de/kumi/pdf/kumi149/kumi149_28-31.pdf (abgerufen: 12.01.2022).

Unter Zivilgesellschaft sollen nach Edgar Grande „freiwilligen Zusammenschlüsse, das freiwillige Engagement der Bürger als Bürger jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre“¹⁵ verstanden werden. Grande zu urteilen nach ist die Zivilgesellschaft von Diversität geprägt und „besitzt eine eigene Handlungslogik“¹⁶. Weiterhin stehe sie in einem „Spannungsverhältnis“¹⁷ zu anderen öffentlichen Bereichen wie der Politik, von denen sie sich folglich abgrenzen müsse. Die Zivilgesellschaft dürfe dabei nicht als etwas aus sich heraus Gutes interpretiert werden, da das gesellschaftliche Engagement ebenso von Pluralität geprägt sei wie die Gesellschaft selbst. Deshalb können auch innerhalb der Zivilgesellschaft Interessenskonflikte oder Spannungen auftreten, die sie aus der Gesellschaft spiegelt.¹⁸ Die Zivilgesellschaft setzt sich mit dem Anschlag demnach außerhalb ihres Arbeitsalltags mit dem Anschlag auseinander, mit Mitteln, die sie selbst zur Verfügung stellen oder selbst aufreiben. Die Motivation, sich mit dem Anschlag zu beschäftigen, kommt meistens aus den Betroffenen selbst heraus und wird weniger von außen induziert.

Im Folgenden werden unterschiedliche Initiativen der Zivilgesellschaft vorgestellt, die sowohl von Angehörigen oder Betroffenen des Anschlags als auch von Unbeteiligten organisiert werden. Die Initiativen werden vorgestellt, weil sie im weiteren Verlauf der Arbeit relevant sind, da sie den Anschlag mit aufarbeiteten und die politischen Maßnahmen zur Aufarbeitung kritisierten.

Initiative 9. Oktober Halle

Während die meisten Initiativen schon vor dem Anschlag bestanden, wurde die Initiative 9. Oktober Halle nach dem Anschlag in Halle (Saale) gegründet und organisiert seitdem vor allem Kundgebungen. Ihr Ziel ist es, sich mit den Betroffenen zu solidarisieren und sie zu Wort kommen zu lassen. Zuletzt organisierten sie mit anderen Initiativen eine Kundgebung anlässlich des zweiten Jahrestages des Anschlags. Nach eigenen Angaben besteht die Gruppe aus ca. 15 Personen und ist mit über 40 anderen Gruppen vernetzt.¹⁹

Kiez-Döner / Tekiez / Soli-Gruppe Kiez-Döner

Der Kiez-Döner an der Ludwig-Wucherer-Straße in Halle war einer der Tatorte des Attentats. Die Besitzer entschieden sich für einen Neuanfang und bauten den Imbiss dank der Unterstützung vieler engagierter Menschen in ein türkisches Frühstückscafé (Tekiez) um. Ihr Ziel war es, eine Begegnungsstätte zu schaffen und die Erinnerung an Kevin S. und Jana L. aufrecht zu halten. Der Umbau wurde

¹⁵ Brigitte Grande, Edgar Grande, Udo Hahn (Hg.) (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke, Bielefeld, S. 13.

¹⁶ Ebd. S. 14.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Vgl.: Ebd. S. 14f.

¹⁹ Vgl.: Maria Hendrichke (30.09.2020): Initiative 9. Oktober Halle: "Ein 'Weiter so' darf es gesellschaftlich nicht geben". in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/initiative-neunter-oktober-aufarbeitung-anschlag-antisemitismus-100.html> (abgerufen am 18.10.2021).

durch das Engagement der sogenannten Soli-Gruppe Kiez-Döner möglich gemacht. Die Betreiber beteiligen sich zudem häufig an Veranstaltungen anderer Initiativen.²⁰

Halle gegen Rechts - Bündnis für Zivilcourage

Die Initiative Halle gegen Rechts gründete sich schon 2010 und versucht seitdem präventiv gegen das Ausbreiten rechtsextremer Strukturen vorzugehen. Zur Aufarbeitung des Anschlags organisieren sie Veranstaltung wie Kundgebungen oder Ausstellungen. Zudem haben sie mit anderen Partnern*Partnerinnen die „Koalition gegen Antisemitismus in Halle“ gegründet, deren Ziel es ist, Menschen im Bereich Antisemitismus zu bilden und „gegen diesen handlungsfähig zu werden“.²¹

Miteinander e.V.

„Der gemeinnützige Verein Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft in Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein.“²² Der Verein organisiert ebenfalls Veranstaltungen zur Aufarbeitung des Anschlags.

4. Die fünf Ebenen der Aufarbeitung

4.1 Die juristische Aufarbeitung

Nach langer Zeit der Ermittlungen wurde am 16. April 2020 vom Generalbundesanwalt Anklage gegen Balliet erhoben. Vorgeworfen wurde ihm zu diesem Zeitpunkt Mord in zwei Fällen und versuchter Mord in 68 Fällen sowie versuchte räuberische Erpressung mit Todesfolge und Volksverhetzung.²³ Weiterhin gab es über 40 Nebenkläger*Nebenklägerinnen. Der Prozess gegen den Attentäter wurde vor dem Oberlandesgericht in Naumburg geführt, fand aber in den Räumlichkeiten des Magdeburger Landgerichts statt. Da die Justiz Teil des politischen Systems ist und der Gerichtsprozess maßgeblich zur Aufarbeitung des Anschlages beigetragen hat, soll im Folgenden betrachtet werden, wie der Prozess verlief und welches Urteil das Gericht letztendlich verkündet hat.

Im Verlauf des Prozesses wurden zahlreiche Zeugen*Zeuginnen befragt und Gutachten erstellt, die dazu beitragen sollten, die Auswirkungen des Tatgeschehens einschätzen zu können. Der gesamte

²⁰ Vgl.: MDR Sachsen-Anhalt (22. 11.2021): Aus Kiez-Döner wird Tekiez: Neues Café in Halle eröffnet. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-kiez-doener-tekiez-umbau-100.html> (abgerufen: 20.12.2021).

²¹ Halle gegen Rechts (2021): Koalition gegen Antisemitismus in Halle (Saale) aktiv. in: Halle gegen Rechts, URL: https://www.halle-gegen-rechts.de/service/446-pm_26_05_21.html, (abgerufen: 06.01.2022).

²² Miteinander e.V.: Leitbild Miteinander e.V. in: Miteinander e.V., URL: <https://www.miteinander-ev.de/leitbild-miteinander-e-v/> (abgerufen: 06.01.2022).

²³ Vgl.: Marie-Kristin Landes (26.04. 2020): Anschlag von Halle: Was genau in der Anklageschrift steht. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/anklage-erhoben-attentat-halle-100.html> (abgerufen: 12.12.2021).

Prozess wurde aufgezeichnet und soll so auch für zukünftige Generationen zugänglich sein.²⁴ Der Prozess fand öffentlich statt, wodurch sowohl Zuschauer*Zuschauerinnen als auch Medienvertreter*Medienvertreterinnen an den insgesamt 26 Prozesstagen teilnehmen konnten. Vor allem Letztere sorgten dafür, dass die Erkenntnisse des Prozesses für die breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Der Prozess konnte viele Informationslücken schließen und sorgte dafür, dass auch die Bevölkerung die Chance bekam, sich mit den Details des Anschlags auseinanderzusetzen. Auch über den Angeklagten konnten Erkenntnisse erlangt werden. So erklärte er zum Beispiel seine Theorie vom „Bevölkerungsaustausch“, gab Auskunft über sein soziales Umfeld und wie und warum er den Anschlag geplant hat.²⁵

Geschlossen wurde der Prozess am 21. Dezember 2020 mit der Urteilsverkündung: „lebenslange Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung“²⁶ wegen „zweifachen Mordes und des versuchten Mordes in zahlreichen weiteren Fällen“²⁷, was in Deutschland die höchstmögliche Strafe darstellt. In der Urteilsverkündung ging die Richterin darauf ein, dass das Gericht den Angeklagten zwar als Einzel Täter anklagt, aber anerkennt, dass er sich in einem digitalen Netzwerk von Gleichgesinnten bewegt hat. Die Verurteilung und das Verhängen der Höchststrafe sind ein wichtiges Zeichen, da sie beweisen, dass der deutsche Staat ein wehrhafter ist und rechtsterroristische Attentate sowohl juristisch aufgearbeitet als auch bestraft werden. Zugleich ist das Urteil ein Bekenntnis gegen die Ideologie des Attentäters, insbesondere gegen Antisemitismus und ein wichtiges Zeichen für die Öffentlichkeit und für die Betroffenen.

Obwohl die Zivilgesellschaft nicht direkt Einfluss auf die Gerichtsverhandlung nehmen kann, beteiligte sie sich trotzdem dort, wo sie konnte: An jedem einzelnen Prozesstag fand auf einer Freifläche gegenüber dem Gericht in Magdeburg eine Mahnwache statt, die vor allem den Betroffenen eine Bühne bieten sollte. Weiterhin nahmen Vertreter*Vertreterinnen der Initiativen, die die Mahnwachen organisierten, an den Verhandlungen teil, um den Betroffenen zur Seite zu stehen. Dazu zählten neben zahlreichen anderen auch die Initiative 9. Oktober und Halle gegen Rechts.²⁸

Kritik am Prozess gab es vor allem von direkt betroffenen Menschen: Max Privorozki, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, kritisierte zum Beispiel, dass wichtige Aspekte im Prozess kaum Berücksichtigung fanden, wie die fehlende Erforschung der Rolle der Eltern in seiner Radikalisierung. Dies ist besonders verwunderlich, da schon im Vorfeld immer wieder Details zur politischen Gesinnung der

²⁴ Vgl.: MDR (22.07.2020): Zweiter Prozesstag in Magdeburg: Betroffene verlassen bei Tatvideo den Saal. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-halle-zweiter-prozesstag-in-magdeburg-100.html> (abgerufen: 14.12.2020).

²⁵ Vgl.: Beate Lakotta (21.07.2020): "Ich wollte ja keine Weißen töten". in: Spiegel, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/terroranschlag-in-halle-prozessaufakt-in-magdeburg-a-f6b20ca9-37b7-40e3-92d7-4ffa9b5c0070> (abgerufen: 05.01.2022).

²⁶ Tagesschau (29.12.2020): Urteil für Halle-Attentäter rechtskräftig. in: Tagesschau, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/urteil-halle-prozess-101.html> (abgerufen: 09.01.2022).

²⁷ Ebd.

²⁸ Vgl.: Maria Hendrichke (30.09.2020): Initiative 9. Oktober Halle: "Ein 'Weiter so' darf es gesellschaftlich nicht geben". in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/initiative-neunter-oktober-aufarbeitung-anschlag-antisemitismus-100.html> (abgerufen: 12.01.2022)

Mutter bekannt wurden, die darauf schließen lassen, dass sie zur Radikalisierung ihres Sohnes beigetragen hat. Zu wenig Aufmerksamkeit bekam Privorozki zufolge auch die Vernetzung der rechtsextremen Szene im Internet, obwohl sich der Angeklagte eben dort regelmäßig bewegte und radikalisierte. Weiterhin wurde nicht auf die Verbindung zu anderen rechtsterroristischen Attentaten eingegangen, weswegen Christina Feist, eine Betroffene des Anschlags, das Urteil als entpolitisierend bezeichnet. Ismet Tekin, der in einen Schusswechsel zwischen der Polizei und dem Attentäter geriet, sowie Aftax Ibrahim, der im Verlauf des Anschlags angefahren wurde, kritisieren ebenfalls das Strafmaß. Beide Vorfälle wurden nicht als versuchter Mord gewertet, weil die Richterin darin kein vorsätzliches Handeln erkannte. In der Urteilsverkündung betonte die Richterin allerdings, dass beide eindeutig zu den Opfern des Anschlags zählen.²⁹

4.2 Die entschädigende Aufarbeitung

Die Entschädigung der Betroffenen erfolgte für jene, die beim Anschlag verletzt wurden, zunächst über eine Soforthilfe, die bis zu 5.000 € betragen konnte. Darüber hinaus ist es möglich weitere Härteleistungen, die auf Grundlage der zivilrechtlichen Schmerzensgeldrechtsprechung festgelegt werden, in Anspruch zu nehmen. Diese seien jedoch dem Sprecher des Bundesjustizministeriums zufolge eine „freiwillige Leistung des Staates als Zeichen der Solidarität“³⁰. Finanziert werden Härteleistungen aus dem Bundeshaushalt, in dem vom Bundestag jährlich Mittel für die finanzielle Unterstützung für Betroffene von terroristischen oder extremistischen Gewalttaten eingeplant werden. Angehörige der ermordeten Menschen können pauschale Härteleistungen abrufen, die sich nach dem Verwandtschaftsgrad richten und zwischen 15.000 und 30.000 € betragen können.³¹ Bis Januar 2022 sollen nach Angaben des Bundesjustizministeriums 498.000 € an die Betroffenen und Angehörigen ausgezahlt worden sein.³²

Neben finanzieller Unterstützung ist auch die psychologische Betreuung ein wichtiger Teil der Versorgung der Betroffenen und Angehörigen. Direkt nach dem Anschlag standen dafür Seelsorger*Seelsorgerinnen bereit. Darüber hinaus wurde den Betroffenen und Angehörigen von der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt unterstützt, die abhängig von der Politik ist und zum Beispiel bei der Suche nach psychologischer Hilfe oder dem Ausfüllen von Formularen half. Zudem erhielten die Be-

²⁹ Vgl.: Marie Landes, Roland Jäger (23.12.2020): Das Urteil. in: Das Leben danach – Das Attentat von Halle (Podcast), Folge 8, URL: <https://www.mdr.de/mdr-sachsen-anhalt/podcast/das-leben-danach/das-attentat-von-halle-100.html> (abgerufen: 20.12.2022).

³⁰ ZDF (19.01.2020): 350.000 Euro für Opfer von Halle. in: ZDF, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/entschaedigungen-nach-anschlag-350-000-euro-fuer-halle-opfer-100.html> (abgerufen: 02.01.2022).

³¹ Vgl.: MDR (23.01.2020): Diese Hilfe bekommen die Betroffenen des Terroranschlags von Halle. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-in-halle-diese-hilfe-bekommen-die-betroffenen-100.html> (abgerufen: 15.12.2021).

³² Vgl.: Tim Braune (2.01.2022): Bund zahlt Entschädigungen für Terroropfer von Halle und Hanau in Millionenhöhe. in: RP online, URL: https://rp-online.de/politik/deutschland/bund-entschaedigungen-fuer-hinterbliebene-von-halle-und-hanau-in-millionenhoeh_e_aid-64882057#successLogin (abgerufen: 06.01.2022).

troffenen und Angehörigen weitere finanzielle Hilfe durch Spenden. Gesammelt haben der Miteinander e.V. sowie der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V.

Im Unterschied zur Mobilen Beratung ist der Weisse Ring unabhängig von politischen Institutionen und konnte so auch Spenden von Firmen, Vereinen und Organisationen sowie von Privatpersonen annehmen. Ausgezahlt hat der Weisse Ring die Spenden bedarfsorientiert sowie nur auf Anfrage der Betroffenen und hat so unter anderem psychologischen oder juristischen Beistand ermöglicht. Zusätzlich sammelten Sportvereine durch das Versteigern von Trikots weitere Spenden.³³

Einzelfälle zeigen jedoch, dass diese Unterstützung nicht ausreichte. Zum einen wäre da das Beispiel einer Studentin, die sich während des Anschlags in der Synagoge befand. Laut den Angaben ihres Anwalts führte die daraus resultierende Traumatisierung dazu, dass sie ihrer Arbeit nicht mehr nachgehen konnte. Als ausländische Studentin wurde ihr deshalb im Sommer 2020 das BAföG gestrichen, da für die Berechtigung der Nachweis über eine geringfügige Beschäftigung notwendig ist. Durch das fehlende Einkommen und das gestrichene BAföG befand sich die Studentin in Existenznot und stand vor einem erzwungenen Abbruch ihres Studiums sowie einer Rückreise. Unterstützung bekam die Studentin aus der Politik von Brandenburgs Forschungsministerin Manja Schüle und der hochschulpolitischen Sprecherin der Linken im Bundestag Nicole Gohlke, die sich beide öffentlich dafür einsetzten, der Studentin das BAföG zu gewähren. Zum anderen stand auch der Kiez-Döner vor einer finanziellen Schieflage, weil er zunächst zu wenig Unterstützung erhielt, um die Ausfälle auszugleichen. In diesem Fall sorgte vor allem die Zivilgesellschaft dafür, den Engpass abzufedern.

4.3 Die ideologische Aufarbeitung

Die Ebene der ideologischen Aufarbeitung ist diejenige, die am schwersten zu bewältigen ist. Sie besteht aus zwei wesentlichen Teilen: Erstens ist es für die ideologische Aufarbeitung des Attentats notwendig, die Ideologie des Attentäters zu erschließen und zweitens gegen diese ideologischen Tendenzen in der Gesamtgesellschaft vorzugehen, da diese das Wohl von Menschen, aber auch die Demokratie gefährden. Die Aufarbeitung der Ideologie des Attentäters ist dabei die wesentlich leichtere Aufgabe. Aufschluss über seine ideologische Gesinnung gaben unter anderem sein veröffentlichtes Manifest sowie seine Äußerungen, die er im Stream des Anschlags tätigte, darüber hinaus auch seine Online-Aktivitäten und Aussagen seiner Mutter. Auch seine Befragung während des Gerichtsprozesses lieferte Auskunft über seine Ideologie. Im Wesentlichen lässt sich diese als antisemitisch, rassistisch, rechtsextrem, antifeministisch sowie misogyn zusammenfassen. Balliet betrachtete

³³ Vgl.: MDR (23.01.2020): Diese Hilfe bekommen die Betroffenen des Terroranschlags von Halle. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-in-halle-diese-hilfe-bekommen-die-betroffenen-100.html> (abgerufen: 15.12.2021).

sich als benachteiligter und unterdrückter weißer Mann gegenüber allen nicht-männlichen und nicht-weißen Menschen. Für die Missstände, die er wahrnimmt, macht er seinem geschlossenen Weltbild zufolge die Vielzahl der Feindbilder, die er kreiert hat, verantwortlich.³⁴ Woran der Attentäter glaubte, ist gut erschlossen. Wie man allerdings verhindert, dass sich Menschen in diese ideologische Richtung radikalieren, ist weitaus schwieriger, weil gegen diese Tendenzen keine kurzfristigen Maßnahmen helfen.

Das Bundeskabinett hatte als Reaktion auf den Anschlag schon Ende Oktober 2019 ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität beschlossen. Darin hielten sie Maßnahmen fest, die das Verfolgen und Bestrafen von Hasskriminalität im Netz verbessern sollten und sowohl die Präventionsarbeit als auch die Bekämpfung von Politisch Motivierter Kriminalität von rechts stärken soll.³⁵ Um das beschlossene Maßnahmenpaket umzusetzen, wurde im März 2020 ein Kabinettsausschuss initiiert. Die Bundesregierung sah zu diesem Zeitpunkt die öffentliche Sicherheit am stärksten durch Rechtsextremismus gefährdet.³⁶ Der Ausschuss verabschiedete im November 2020 den Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, worin 89 konkrete Maßnahmen festgeschrieben wurden, für deren Umsetzung von 2021 bis 2024 über eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt werden. Mit der Umsetzung sollen vier Ziele erreicht werden: stärkeres Bewusstsein und Strukturen gegen Rassismus schaffen, Prävention gegen alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Verbesserung der Betreuung von Betroffenen und Opfern von Rassismus und Stärkung der Teilhabe von Eingewanderten.³⁷ Darin wurde auch festgehalten, dass zum Jahrestag des Anschlags „Aktionen für Solidarität und gegen Antisemitismus“³⁸ veranstaltet werden sollen.

Das Land Sachsen-Anhalt hat als Reaktion auf den Anschlag das Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus im Oktober 2020 verabschiedet. Ziel des Programms ist es, dazu beizutragen, jüdisches Leben zu stärken und zu fördern. Die darin beschlossenen Maßnahmen sind sehr vielfältig und reichen von der Stärkung der Prävention und Sicherheit über Maßnahmen im Bereich Bildung und Wissenschaft bis hin zur Bewahrung des jüdischen Erbes.³⁹

³⁴ Vgl.: Schattka (2020): Halle (Saale), 9. Oktober 2019. Protokoll eines Anschlags. S. 51-55.

³⁵ Vgl.: Bundesministerium der Justiz (30.10.2019): Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität, URL: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/massnahmenpaket-bekaempfung-rechts-und-hasskrim.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen: 07.01.2022), S. 1-3.

³⁶ Vgl.: Bundesregierung (2.09.2020): Zweite Sitzung des Kabinettsausschusses: Kampf gegen Rechtsextremismus. in: Bundesregierung, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rechtsextremismus-1754250> (abgerufen: 07.01.2022).

³⁷ Vgl.: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (25. 11.2020): Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1> (abgerufen: 07.01.2022), S.1f.

³⁸ Ebd. S. 10.

³⁹ Vgl.: Landesregierung von Sachsen-Anhalt (6.10.2020): Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus, URL: https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Dokumente_Antisemitismus/Landesprogramm_fuer_juedisches_Leben_in_Sachsen-Anhalt_und_gegen_Antisemit....pdf (abgerufen: 07.01.2022).

Darüber hinaus hat sich in den letzten Jahrzehnten durch Unterstützung der Politik und Engagement aus der Zivilgesellschaft ein feingliedriges Netzwerk aus Initiativen gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit entwickelt. Trotzdem erstarken rechtsextreme Kräfte in den vergangenen Jahren immer mehr. Auch Antisemitismus nimmt zu, wie zum Beispiel der Sachsen-Anhalt Monitor zeigt.⁴⁰ Deswegen gibt es massive Kritik an der Arbeit der Politik in diesem Bereich, die ihr vorwirft, strukturlos und nur reaktionär gegen rechtsextreme Tendenzen vorzugehen, wie Max Privorozki es ausdrückt: „Leider handelt Politik immer öfter sporadisch als unmittelbare Reaktion auf ein bestimmtes Ereignis, es fehlt strategisches langfristiges Denken und nicht nur in Bezug auf die Antisemitismusbekämpfung.“⁴¹ Denn Maßnahmen, die heute ergriffen werden, zeigen erst in Jahren oder Jahrzehnten Wirkung.

4.4 Die gedenkende Aufarbeitung

Direkt nach dem Anschlag meldeten sich viele hochrangige deutsche sowie ausländische Politiker*Politikerinnen zu Wort und bekundeten ihre Anteilnahme. Überall in Deutschland wurden an den Tagen nach dem Anschlag Mahnwachen abgehalten, oft im Kontext jüdischer Orte in der jeweiligen Stadt. Schon kurz nach dem Anschlag war klar, dass der 9. Oktober in Zukunft als Gedenktag begangen werden muss. So wurde am 09. Oktober 2020, ein Jahr nach dem Anschlag in Halle (Saale) ein Gedenktag abgehalten, bei dem die Enthüllung verschiedener Gedenkort im Vordergrund stand. Zu Beginn wurde auf dem Marktplatz eine Schweigeminute abgehalten, an der sich Hunderte Menschen beteiligten. Eine Stunde später eröffnete der damalige Oberbürgermeister Bernd Wiegand eine Demokratiekonferenz im Stadthaus, die zusätzlich live übertragen wurde. Die Konferenz verfolgte das Ziel, dass sich Politiker*Politikerinnen, Experten*Expertinnen sowie Überlebende über die Folgen des Anschlags austauschen konnten. Weitere Gedenkveranstaltungen fanden an der Synagoge und am Kiez-Döner statt, bei denen jeweils eine Gedenktafel für die Opfer des Anschlags, Jana L. und Kevin S., enthüllt wurden. An der Synagoge wurde zusätzlich ein Mahnmal enthüllt, welches von der Künstlerin Lidia Edel aus der alten, beim Anschlag beschädigten Synagogentür gefertigt wurde. Das Mahnmal setzt sich über verschiedene Symboliken mit dem Anschlag auseinander. Zum Beispiel symbolisieren 52 silberne Blätter hinter der Tür die Überlebenden in der Synagoge und zwei Blätter vor der Tür die

⁴⁰ Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Kerstin Völkl (2020): Sachsen-Anhalt Monitor. Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, S. 28f. URL: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf (abgerufen: 14.01.2022).

⁴¹ Marie Landes, Max Privorozki (Datum unbekannt): Urteil nach Anschlag am Jom Kippur 5780 in Halle: Interview mit Max Privorozki. in: jghalle, URL: <https://www.jghalle.de/wordpress/blog/2020/12/22/urteil-nach-anschlag-am-jom-kippur-5780-in-halle-interview-mit-max-privorozki/> (abgerufen: 09.01.2022).

beiden Opfer. Für Kevin S. wurde zudem eine Gedenktafel an seinem Stamplatz im Stadion des Halleschen FC enthüllt. Das zentrale Gedenken fand abends in der Ulrichskirche statt und wurde von vielen Politikern*Politikerinnen besucht, darunter der Bundespräsident, der Ministerpräsident, die Landtagspräsidentin und die Sozialministerin des Landes Sachsen-Anhalts sowie der hallesche Oberbürgermeister und der Vorsitzende der Synagogengemeinde sowie der Präsident des Zentralrats der Juden. Die Bevölkerung legte an allen Gedenkortern Blumen und Kerzen nieder. Zusätzlich gab es auch in anderen Städten Gedenkveranstaltungen. Außerdem organisierte die Initiative Halle gegen Rechts eine Ausstellung mit dem Titel „Raum der Erinnerung und Solidarität“. Auch andere zivilgesellschaftliche Organisationen beteiligten sich mit eigenen Veranstaltungen.⁴² Zum zweiten Jahrestag des Anschlags wurde ebenfalls an den beiden Tatorten eine Gedenkveranstaltung organisiert von der Stadt abgehalten. Anwesend waren sowohl der Ministerpräsident und die Landtagsvizepräsidentin sowie der Bürgermeister der Stadt Halle. In ihren Reden riefen sie dazu auf, sich Diskriminierung entgegenzustellen und die Erinnerung an die Shoah lebendig zu halten.⁴³ Die Falken Halle hielten von 11 bis 19 Uhr eine Mahnwache am Steintor, die dann 19 Uhr von einer Kundgebung der Initiative 9. Oktober und dem Bündnis Niemand wird vergessen abgelöst wurde. Zudem organisierte das hallesche Fußballfanprojekt und drei weitere Organisationen ein Fußballturnier unter dem Motto "Nie wieder – gemeinsam gegen das Vergessen". Zusätzlich gab es Plakataktionen, Gedenkbanner, eine Videoinstallation, eine Ausstellung und zwei Publikationen von der Stadt.⁴⁴

Christina Feist, eine Überlebende des Anschlags, kritisiert die Gedenkveranstaltungen der Politik scharf: Ihr zufolge wurden die Betroffenen übergangen, da sie viel zu wenig zu Wort kommen durften und sich ihre Einladungen zu der Gedenkveranstaltung zum ersten Jahrestag erbitten mussten. Ihrem Urteil nach wurden so die Bedürfnisse der Betroffenen übergangen, was man zusätzlich daran sieht, dass die Gedenkveranstaltung zeitlich im Konflikt mit der Durchführung des Schabbats stand. Ministerpräsident Haseloff widersprach diesem Vorwurf und berief sich darauf, dass die Veranstaltung in Absprache mit Betroffenen und der jüdischen Gemeinde organisiert worden sei.⁴⁵

Auch Ismet Tekin kritisiert die Gedenkveranstaltung der Politik um den zweiten Jahrestag des Anschlags herum. Konkret bemängelt er, dass es den meisten Politiker*Politikerinnen nur auf die Sym-

⁴² Vgl.: Jonas Nayda (9.10.2020): Nach Anschlag auf Synagoge in Halle: Liveticker vom Gedenktage. in: Mitteldeutsche Zeitung, URL: <https://www.mz.de/lokal/halle-saale/nach-anschlag-auf-synagoge-in-halle-liveticker-vom-gedenktage-1714801> (abgerufen: 05.01.2022).

⁴³ Vgl.: MDR SACHSEN-ANHALT (9.10.2021): Hunderte gedenken der Opfer des Anschlags von Halle. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/zweiter-jahrestag-anschlag-attentat-halle-gedenken-und-veranstaltungen-100.html> (abgerufen: 05.01.2022).

⁴⁴ Vgl.: MDR SACHSEN-ANHALT (6.10.2021): Anschlag von Halle: Das ist zum Gedenken und zur Mahnung geplant. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/veranstaltungen-gedenken-zweiter-jahrestag-anschlag-attentat-halle-100.html#sprung0> (abgerufen: 05.01.2022).

⁴⁵ Vgl.: Marie Lander, Roland Jäger (29.11.2020): Das Urteil. in: Das Leben danach – Das Attentat von Halle (Podcast), Folge 7, URL: <https://www.mdr.de/mdr-sachsen-anhalt/podcast/das-leben-danach/das-attentat-von-halle-100.html> (abgerufen: 20.12.2021).

bolhaftigkeit ihrer Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen ankomme und es immer noch an wirksamer Unterstützung für die Betroffenen mangle. Nur auf den damaligen suspendierten Oberbürgermeister Bernd Wiegand würde das nicht zutreffen.⁴⁶ Ein Beitrag des Bündnis Halle gegen Rechts auf Instagram bestärkt diese Vorwürfe: Darin werfen sie dem Ministerpräsidenten vor „nicht auf Anfragen Überlebender des Anschlags reagiert und sich einem Gespräch mit Überlebenden am (...) Jahrestag verweigert“⁴⁷ zu haben. Der Ministerpräsident habe auch im Nachgang kein Gespräch angeboten.

4.5 Die verhindernde Aufarbeitung

Die verhindernde Aufarbeitung liegt der Öffentlichkeit besonders am Herzen, da Anschläge allgemein Verunsicherung auslösen und Orte des öffentlichen Lebens plötzlich als Gefahrenzone wahrgenommen werden. Es kann daher als Aufgabe der Politik verstanden werden, dieses verloren gegangene Sicherheitsgefühl wiederherzustellen und aufzudecken, warum der vorausgegangene Anschlag nicht verhindert werden konnte. Im Falle des Anschlags von Halle wurden die für die Antwort nötigen Informationen hauptsächlich durch drei Instanzen zusammengetragen: Erstens beschäftigte sich die Landespolizei selbst mit dem Anschlag und arbeitete Mängel heraus. Zweitens wurden der Polizeieinsatz und die Vorbereitung des Anschlags im Gerichtsverfahren thematisiert. Drittens setzte sich der Landtag mithilfe des von der AfD initiierten parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) im Kern mit der Frage auseinander, warum der Anschlag nicht verhindert werden konnte. Dabei beschäftigten sich die Mitglieder unter anderem damit, welche Schutzmaßnahmen jüdischen Einrichtungen zur Verfügung standen oder wie die Gefahrenlage vor dem Anschlag eingeschätzt wurde. Weiterhin versuchte der PUA zu klären, warum kein Polizeischutz vor Ort war, obwohl ein jüdischer Feiertag stattfand. Der PUA, der im Februar 2020 seine Arbeit aufnahm, griff in seiner Arbeit immer wieder auf die Ergebnisse der ersten beiden genannten Instanzen zurück. Die Erkenntnisse der parlamentarischen Auseinandersetzung mit dem Anschlag wurden in einem Bericht zusammengefasst, der die Arbeit der Polizei überwiegend positiv bewertet. Mängel wurden vor allem in der Opferbetreuung und in der Einschätzung der Gefahrenlage vor dem Anschlag gesehen.

Zeugen*Zeuginnen aus der jüdischen Gemeinde, die im Untersuchungsausschuss aussagten, berichteten davon bei den Einsatzkräften, die sie aus der Synagoge evakuierten, vor allem auf mangelnde Kenntnis über die jüdische Religion und fehlende Empathie gestoßen zu sein. So wurden ihnen weder richtig kommuniziert, wie sich die aktuelle Lage gestaltet, noch wussten die Einsatzkräfte, warum sich die Menschen überhaupt in der Synagoge aufhielten. Zudem fehlte Personal für die Opferbetreuung, weswegen viele Betroffene erst Stunden nach dem Anschlag versorgt wurden. Obwohl nur

⁴⁶ Vgl.: Oliver Leiste, Stefan Bringezu (08.10.2021): Warum der Kiez-Döner-Besitzer von Politiker-Gesten genervt ist. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/attentat-kiez-doener-genervt-von-politik-100.html> (abgerufen: 06.01.2022).

⁴⁷ Halle gegen Rechts (9.10.2021): URL: <https://www.instagram.com/p/CUzx5dLNLzF/> (abgerufen: 08.01.2022)

wenige Minuten zwischen den Notrufen und dem Erscheinen der Einsatzkräfte an den Tatorten am Kiez-Döner und an der Synagoge vergingen, brauchten die Einsatzkräfte etwa anderthalb Stunden, um Balliet festzunehmen. Dabei waren an dem Einsatz circa 1500 Beamte beteiligt. Jedoch gab es vor allem in ihrer Kommunikation Mängel: Die benutzte Polizeifunkgruppe war schnell überlastet, wodurch wichtige Informationen nicht alle erreichten und andere Kommunikationswege gefunden werden mussten.⁴⁸

Zudem stellte der Ausschuss fest, dass die zuständigen Behörden mehr Mittel brauchen, um die rechtsextreme Szene und aus ihr erwachsene Attentäter im Internet besser aufzuspüren und verfolgen zu können. Auch wurden terroristische Einzeltäter*Einzeltäterinnen bisher nicht umfassend genug in die Gefährdungseinschätzungen, die die Grundlage für Schutzmaßnahmen bilden, einbezogen, was zukünftig jedoch verstärkt geschehen soll. Daher soll das Phänomen des Einzeltäters stärker in den Fokus genommen werden für zukünftige Schutzkonzeptionen.⁴⁹ Der Vorsitzende des PUA plädierte dafür, strukturelle Reformen auf den Weg zu bringen, um die Opferbetreuung zu stärken und die Polizei zum Beispiel für das Judentum zu sensibilisieren. Während Ersteres vom Innenministerium Sachsen-Anhalts übernommen werden soll, soll die Polizeihochschule ein Fortbildungskonzept erarbeiten, um die interkulturelle Kompetenz zu schulen. Weiterhin wurde den jüdischen Gemeinden Sachsen-Anhalts durch das „Gesetz zum Vertrag des Landes Sachsen-Anhalt mit der jüdischen Gemeinschaft zu baulich-technischen Sicherungsmaßnahmen, deren Wartung und zu Wachpersonal“, welches im März 2021 verabschiedet wurde, die finanzielle Übernahme für Sicherheitsmaßnahmen zugesichert. Vor dem Anschlag mussten die Gemeinden sowohl bauliche als auch personelle Sicherheitsmaßnahmen überwiegend selbst bezahlen.⁵⁰ Dass der Schutz jüdischer Menschen seit dem Anschlag ernster genommen wird, zeigt sich zum Beispiel dadurch, dass die Synagoge in Halle nun dauerhaft von Polizeikräften bewacht wird.

Kritik am PUA kommt aus der Politik selbst: Henriette Quade von der Linkspartei hätte die Aufarbeitung zum Beispiel lieber im Innenausschuss gesehen. Quade kritisiert zudem, dass der PUA von der AfD initiiert wurde und sich dadurch zum Beispiel nicht mit der rechtsextremen Gesinnung des Täters auseinandersetzt, weil sich ihr zufolge die Partei gar nicht vollumfassend mit dem Anschlag befassen möchte.⁵¹

In einem Interview mit der Regionalbischöfin Petra Bahr erzählt diese, dass die jüdische Gemeinde ihrer Region erst ein Jahr nach dem Anschlag auf angehobene Gelder für Sicherheitsmaßnahmen

⁴⁸ Vgl.: Konrad Litschko (19.07.2021): Mangelnde Empathie für Terror-Opfer. in: taz, URL: <https://taz.de/Verhalten-der-Polizei-bei-Halle-Anschlag!/5787440/> (abgerufen: 03.01.2022).

⁴⁹ Vgl.: Sebastian Striegel: (14.04.2021): Bericht des 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. URL: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d7575vbt.pdf> (abgerufen: 09.01.2022), S. 89.

⁵⁰ Vgl.: Sebastian Striegel (14.04.2021): Bericht des 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. URL: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d7575vbt.pdf> (abgerufen: 09.01.2022), S. 92.

⁵¹ Vgl.: MDR (25.02.2020): Untersuchungsausschuss zum Anschlag von Halle: Polizeieinsatz im Fokus. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/erste-sitzung-u-ausschuss-terror-anschlag-100.html> (abgerufen: 09.01.2022).

zugreifen konnte. Deshalb sei unter anderen ihre Gemeinde eingesprungen, um Sicherheitsmaßnahmen für die jüdische Gemeinde zu bezahlen. Bahr nach ist es keine Privatangelegenheit von Juden*Jüdinnen sich zu schützen, besonders weil die Vergangenheit dazu geführt hat, dass die jüdischen Gemeinden heute bedeutend weniger Geld zur Verfügung haben als christliche Gemeinden. Zudem leisten Synagogen auch einen kulturellen und sozialen Beitrag zu unserer Gesellschaft und sollten Bahr nach deshalb stärker unterstützt werden.

Zu kritisieren ist zudem, dass sowohl der Bericht der Landespolizei als auch der Abschlussbericht des PUA ein positives Fazit ziehen und den Polizeieinsatz als erfolgreich werten, obwohl es zahlreiche Mängel gab, die in der Opferbetreuung besonders gravierend waren.⁵²

5. Fazit

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass sowohl Politik als auch Zivilgesellschaft bemüht, sind den Anschlag aufzuarbeiten. Während die Aufarbeitung für die politischen Akteure eine Pflicht und Teil ihres Berufes ist, setzen sich die zivilgesellschaftlichen Akteure außerhalb ihrer beruflichen Verpflichtungen mit dem Anschlag auseinander. Die Ausgangsbedingungen der beiden sind daher essenziell unterschiedlich: Während Politiker*Politikerinnen in der Pflicht sind, den Anschlag aufzuarbeiten, um der Bevölkerung das Sicherheitsgefühl zurückzugeben und sie vor weiteren Anschlägen zu schützen, engagieren sich die Personen der Zivilgesellschaft aus eigener Motivation und versuchen Lücken zu füllen, die die Aufarbeitung der Politik hinterlässt. Dabei stehen sie allerdings keinesfalls im Schatten der politischen Aufarbeitung, sondern leisten eigene wertvolle Beiträge. Die Aufarbeitung der Politik ist vor allem davon geprägt, dass sie die nötigen finanziellen Mittel sowie die Strukturen und Informationen haben, um sie zu bewältigen. Besonders in den Bereichen der juristischen sowie verhindernden Aufarbeitung kann die Zivilgesellschaft politisches Aufarbeiten nicht ersetzen. In diesen Bereichen tritt die Zivilgesellschaft vor allem als Unterstützer der Betroffenen und Angehörigen auf und hilft ihnen, gehört zu werden. Zudem ist es vor allem die Zivilgesellschaft, die die politischen Aufarbeitungsmaßnahmen kritisiert und sich dafür einsetzt, politische Mängel abzufedern. In den Bereichen der entschädigenden, ideologischen und gedenkenden Aufarbeitung setzt die Zivilgesellschaft eigene Akzente, in dem sie Spenden sammelt und eigene Veranstaltungen organisiert. Im Unterschied zur Politik legt die Zivilgesellschaft ihren Schwerpunkt meistens auf die Betroffenen und Angehörigen und ruft dazu auf, sich mit ihnen zu solidarisieren, während sich Politiker*Politikerinnen eher an die Gesamtgesellschaft richten. Zudem findet politische Aufarbeitung vor den Adлераugen der Öffentlichkeit und der Medien statt. Den Akteuren ist bewusst, dass alles, was sie falsch, aber auch alles, was sie richtig machen, in den Medien aufgegriffen wird. Daher ist es zunächst nicht verwunderlich, dass ihnen ein gutes Foto von einer Gedenkveranstaltung, an der sie

⁵² Vgl.: Vera Deleja-Hotko (19.07.2021): Anschlag von Halle: Interner Polizeibericht zeigt fehlende Opferbetreuung. in: Frag Den Staat, URL: <https://fragdenstaat.de/blog/2021/07/19/polizeibericht-halle-anschlag/> (abgerufen: 09.01.2022).

teilgenommen haben, wichtig ist. So ein Foto darf aber niemals wichtiger sein, als sich mit den Betroffenen auseinandersetzen.

Die Aufarbeitung der Politik ist flächendeckend auf allen fünf betrachteten Ebenen erfolgt: Der Täter wurde bestraft, die Betroffenen entschädigt, es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Ideologie des Attentäters einzudämmen, es wurde Gedenkveranstaltungen abgehalten und Gedenkort geschaffen und es wurde sich mit der Frage beschäftigt, wie Attentate verhindert werden können. Oberflächlich betrachtet ist der Anschlag damit den fünf Ebenen nach aufgearbeitet. Schaut man jedoch genauer hin, entdeckt man einige Mängel, die leider immer wieder die Betroffenen benachteiligen. Die Politik ergreift Maßnahmen für die große Masse, wodurch Einzelfälle schnell übersehen werden können, wie in dem beschriebenen Fall der Studentin, deren Lebensgrundlage durch den Anschlag wegfiel. Hätte sie sich nicht an einen Anwalt gewendet und wäre nicht über sie berichtet worden, hätte sie vermutlich keine Unterstützung aus der Politik bekommen. Politische Maßnahmen richten sich immer an eine größere Gruppe. Einzelfälle, für die die Maßnahmen unpassend sind oder nicht ausreichen, fallen nicht auf, solange sie sich kein Gehör verschaffen. Es ist unrealistisch, von der Politik zu verlangen, sich in ihrem normalen Arbeitsalltag mit jedem Einzelfall zu beschäftigen. In der Aufarbeitung eines Anschlags jedoch steht die Politik in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass jedes Individuum im Nachgang versorgt ist.

Die politische Aufarbeitung, wie sie derzeit stattfindet, ist daher eher Symbolpolitik: Sie zählt auf große Gesten, unabhängig davon, wie viel sie in der Realität verändert. Das kann man besonders gut bei der oberflächlichen Teilnahme des Ministerpräsidenten an den Gedenkveranstaltungen anlässlich des zweiten Jahrestages des Anschlags oder an der Bewertung des Polizeieinsatzes sehen. Hier wurde sich darauf berufen, dass der Einsatz ein Erfolg sei, weil der Täter lebendig gefasst wurde, obwohl es eine Reihe von Missständen gab, die vor allem die Menschen in der Synagoge betrafen, die kurz vorher um ihr Leben bangten. Zudem gab es kaum Einsicht in das polizeiliche Versagen vor dem Anschlag, keine Sicherheitsmaßnahmen anlässlich des jüdischen Feiertages zu ergreifen zu haben. Es kann mit Sicherheit gesagt werden, dass Polizeikräfte vor der Synagoge das Anschlagsgeschehen maßgeblich verändert hätten.

Im Großen und Ganzen hat die Aufarbeitung der Politik dazu beigetragen, dass Zivilgesellschaft, Betroffene und Angehörige den Anschlag besser verarbeiten können, jedoch gab es einige Mängel und politische Fehlritte, die durch mehr Feingefühl und Rücksicht auf die Betroffenen hätten vermieden werden können. Zudem wird erst die Zukunft zeigen, wie wirksam die getroffenen Maßnahmen der Politik sind, weil sie erst dann ihre Wirkung entfalten und überprüft werden können.

6. Literaturverzeichnis

Literaturhinweise

Baeck, Jean-Philipp; Speit, Andreas (Hg.) (2020): Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat, Sonderausgabe für die Landeszentralen für politische Bildung 2020.

Bundesministerium der Justiz (30.10.2019): Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität, URL: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2019/massnahmenpaket-bekaempfung-rechts-und-hasskrim.pdf?__blob=publicationFile&v=5)

massnahmenpaket-bekaempfung-rechts-und-hasskrim.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen: 07.01.2022).

Goertz, Stefan (2020): Rechtsterroristische Akteure in Deutschland. in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 32. Jahrgang, S. 167-183.

Grande, Brigitte; Grande, Edgar; Hahn, Udo (Hg.) (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke, Bielefeld.

Grütters, Monika (2015): Kulturpolitik im vereinten Deutschland. Die Verantwortung des Bundes, in: Kulturpolitische Mitteilungen, Nummer 149 II/2015, S. 18-31. URL: https://kupoge.de/kumi/pdf/kumi149/kumi149_28-31.pdf (abgerufen: 12.01.2022).

Hartleb, Florian (2018): Einsame Wölfe. Der neue Terror rechter Einzeltäter, Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2020.

Holtmann; Everhard, Tobias Jaeck, Kerstin Völkl (2020): Sachsen-Anhalt Monitor. Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, URL: https://lpb.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/MK/LPB/ALPHA_DATEIEN_ab_25062019/Online-Angebote/Downloads/SAM_2020_Onlinefassung.pdf (abgerufen: 14.01.2022).

Lammert, Norbert (2009): Bikini-Verkäufer am FKK-Strand? Der Staat und die Erinnerungskultur. In: Norbert Sievers (Hg.) Jahrbuch für Kulturpolitik 2009, Band 9: Erinnerungskulturen und Geschichtspolitik, Bonn, S. 33-39. URL: https://kupoge.de/Jahrbuch/Jahrbuch_2009.pdf (abgerufen: 12.01.2022).

Landesregierung von Sachsen-Anhalt (6.10.2020): Landesprogramm für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt und gegen Antisemitismus, URL: https://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Bibliothek/Politik_und_Verwaltung/StK/STK/Dokumente_Antisemitismus/Landesprogramm_fuer_juedisches_Leben_in_Sachsen-Anhalt_und_gegen_Antisemit....pdf (abgerufen: 07.01.2022).

Pfahl-Traugber, Armin (2007): Ideologische Erscheinungsformen des Antisemitismus. in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 31/2007, S. 4-11. URL: <https://www.bpb.de/apuz/30327/ideologische-erscheinungsformen-des-antisemitismus> (abgerufen: 15.07.2021).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (25. 11.2020): Maßnahmenkatalog des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus, URL: <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/1819984/4f1f9683cf3faddf90e27f09c692abed/2020-11-25-massnahmen-rechtsextremi-data.pdf?download=1> (abgerufen: 07.01.2022).

Schattka, Chris (2020): Halle (Saale), 9. Oktober 2019. Protokoll eines Anschlags, in: Mittelweg 36, Ausgabe 4-5/2020, S. 45-62. URL: https://www.hamburger-edition.de/fileadmin/user_upload/Mittelweg_36/Leseproben/Mittelweg_36_4_5_2020_Schattka.pdf (abgerufen: 06.01.2022).

Striegel, Sebastian (14.04.2021): Bericht des 19. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. URL: <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d7575vbt.pdf> (abgerufen: 09.01.2022).

Internetquellen

Braune, Tim (2.01.2022): Bund zahlt Entschädigungen für Terroropfer von Halle und Hanau in Millionenhöhe. in: RP online, URL: https://rp-online.de/politik/deutschland/bund-entschaedigungen-fuer-hinterbliebene-von-halle-und-hanau-in-millionenhoeh_e-aid-64882057#successLogin (abgerufen: 06.01.2022).

Bundesregierung (2.09.2020): Zweite Sitzung des Kabinettsausschusses: Kampf gegen Rechtsextremismus. in: Bundesregierung, URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/rechtsextremismus-1754250> (abgerufen: 07.01.2022).

Cornelißen, Christoph (22.10.2019): Erinnerungskultur. in: Staatslexikon online, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Erinnerungskultur> (abgerufen: 13.12.2021).

Decker, Markus (05.10.2020): Innenminister von Sachsen-Anhalt: Zentralrat der Juden legt Ablösung von Stahlknecht nahe. in: Redaktionelles Netzwerk Deutschland, URL: <https://www.rnd.de/politik/innenminister-von-sachsen-anhalt-zentralrat-der-juden-legt-ablosung-von-stahlknecht-nahe-KCWDUB2MUBGTVOS4RB7MBNV7CQ.html> (abgerufen: 18.12.2021).

Deleja-Hotko, Vera (19.07.2021): Anschlag von Halle: Interner Polizeibericht zeigt fehlende Opferbetreuung. in: Frag Den Staat, URL: <https://fragdenstaat.de/blog/2021/07/19/polizeibericht-halle-anschlag/> (abgerufen: 09.01.2022).

Halle gegen Rechts (2021): Koalition gegen Antisemitismus in Halle (Saale) aktiv. in: Halle gegen Rechts, URL: https://www.halle-gegen-rechts.de/service/446-pm_26_05_21.html, (abgerufen: 06.01.2022).

Halle gegen Rechts (9.10.2021): URL: <https://www.instagram.com/p/CUzx5dLNLzF/> (abgerufen: 08.01.2022)

Hendrischke, Maria (30.09.2020): Initiative 9. Oktober Halle: "Ein 'Weiter so' darf es gesellschaftlich nicht geben". In: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/initiative-neunter-oktober-aufarbeitung-anschlag-antisemitismus-100.html> (abgerufen am 18.10.2021).

Lakotta, Beate (21.07.2020): "Ich wollte ja keine Weißen töten". in: Spiegel, URL: <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/terroranschlag-in-halle-prozessaufakt-in-magdeburg-a-f6b20ca9-37b7-40e3-92d7-4ffa9b5c0070> (abgerufen: 05.01.2022).

Landes, Marie-Kristin (26.04. 2020): Anschlag von Halle: Was genau in der Anklageschrift steht. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/anklage-erhoben-attentat-halle-100.html> (abgerufen: 12.12.2021).

Landes, Marie; Jäger, Roland (29.11.2020): Das Urteil. in: Das Leben danach – Das Attentat von Halle (Podcast), Folge 7, URL: <https://www.mdr.de/mdr-sachsen-anhalt/podcast/das-leben-danach/das-attentat-von-halle-100.html> (abgerufen: 20.12.2021).

Landes, Marie; Jäger, Roland (23.12.2020): Das Urteil. in: Das Leben danach – Das Attentat von Halle (Podcast), Folge 8, URL: <https://www.mdr.de/mdr-sachsen-anhalt/podcast/das-leben-danach/das-attentat-von-halle-100.html> (abgerufen: 20.12.2022).

Landes, Marie; Privorozki, Max (Datum unbekannt): Urteil nach Anschlag am Jom Kippur 5780 in Halle: Interview mit Max Privorozki. in: jghalle, URL: <https://www.jghalle.de/wordpress/blog/2020/12/22/urteil-nach-anschlag-am-jom-kippur-5780-in-halle-interview-mit-max-privorozki/> (abgerufen: 09.01.2022).

Leiste, Oliver; Bringezu, Stefan (08.10.2021): Warum der Kiez-Döner-Besitzer von Politiker-Gesten genervt ist. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/attentat-kiez-doener-genervt-von-politik-100.html> (abgerufen: 06.01.2022).

Litschko, Konrad (19.07.2021): Mangelnde Empathie für Terror-Opfer. in: taz, URL: <https://taz.de/Verhalten-der-Polizei-bei-Halle-Anschlag/!5787440/> (abgerufen: 03.01.2022).

MDR (23.01.2020): Diese Hilfe bekommen die Betroffenen des Terroranschlags von Halle. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-in-halle-diese-hilfe-bekommen-die-betroffenen-100.html> (abgerufen: 15.12.2021).

MDR (25.02.2020): Untersuchungsausschuss zum Anschlag von Halle: Polizeieinsatz im Fokus. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/erste-sitzung-u-ausschuss-terror-anschlag-100.html> (abgerufen: 09.01.2022).

MDR (22.07.2020): Zweiter Prozesstag in Magdeburg: Betroffene verlassen bei Tatvideo den Saal. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-halle-zweiter-prozesstag-in-magdeburg-100.html> (abgerufen: 14.12.2020).

MDR SACHSEN-ANHALT (6.10.2021): Anschlag von Halle: Das ist zum Gedenken und zur Mahnung geplant. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/veranstaltungen-gedenken-zweiter-jahrestag-anschlag-attentat-halle-100.html#sprung0> (abgerufen: 05.01.2022).

MDR SACHSEN-ANHALT (9.10.2021): Hunderte gedenken der Opfer des Anschlags von Halle. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/zweiter-jahrestag-anschlag-attentat-halle-gedenken-und-veranstaltungen-100.html> (abgerufen: 05.01.2022).

MDR Sachsen-Anhalt (22.11.2021): Aus Kiez-Döner wird Tekiez: Neues Café in Halle eröffnet. in: MDR, URL: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/halle/halle/anschlag-kiez-doener-tekiez-umbau-100.html> (abgerufen: 20.12.2021).

Miteinander e.V.: Leitbild Miteinander e.V. in: Miteinander e.V., URL: <https://www.miteinander-ev.de/leitbild-miteinander-e-v/> (abgerufen: 06.01.2022).

Nayda, Jonas (9.10.2020): Nach Anschlag auf Synagoge in Halle: Liveticker vom Gedenktag. in: Mitteldeutsche Zeitung, URL: <https://www.mz.de/lokal/halle-saale/nach-anschlag-auf-synagoge-in-halle-liveticker-vom-gedenktag-1714801> (abgerufen: 05.01.2022).

Tagesschau (29.12.2020): Urteil für Halle-Attentäter rechtskräftig. in: Tagesschau, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/urteil-halle-prozess-101.html> (abgerufen: 09.01.2022).

Wolfrum, Edgar (22.10.2019): Geschichtspolitik. in: Staatslexikon online, URL: <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Geschichtspolitik> (abgerufen: 13.12.2021).

ZDF (19.01.2020): 350.000 Euro für Opfer von Halle. in: ZDF, URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/entschaedigungen-nach-anschlag-350-000-euro-fuer-halle-opfer-100.html> (abgerufen: 02.01.2022).